

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend  $\infty$  Bezugspreis: durch die Post oder die Expedition vierteljährlich 1 M., durch den Briefträger frei ins Haus 1.18 M.  $\infty$  Belege an Inserenten nur gegen Berechnung



Anzeigen werden mit 15 Pfennigen für die 4 gepaltene Zeile oder deren Raum berechnet und bis Dienstag oder Freitag Vormittags 9 Uhr erbeten. Bei Wiederholungen Rabatt Beilagen nach Ubereinkunft  $\infty$

# Ämtliches Kreisblatt

## und Anzeiger für den Kreis und die Stadt Koschmin

Sprech-Anschluß  
Nummer 34  $\infty$

Redaktion für den ämtlichen Teil: das Kgl. Landratsamt in Koschmin  
Verantwortlich für den nichtämtlichen Teil: Paul Henjes in Koschmin.  
 $\infty$  Druck und Verlag von Hermann Tuch in Koschmin  $\infty$

Telegramm-Adresse:  
Kreisblatt Koschmin

Stück 32.

Sonnabend, den 24. April 1909.

22. Jahrg.

### Ämtlicher Teil.

#### Bekanntmachungen des Königl. Landrats.

Nr. 156. Für die durch Hochwasser Geschädigten in der Provinz Posen sind mir zufolge der in den Kreisblättern Stück 30, 31 abgedruckten Aufrufe folgende Spenden zugegangen:

1. von Herrn Kreisarzt Bludau, Koschmin	4.—	M
2. " " Rittergutbes. Gapski, Odra	20.—	"
3. " " Brennereiverb. Bruch	2.—	"
Zusammen		26.—

Dieser Betrag ist an die Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen zur Weiterbeförderung abgeführt worden.

Weitere Spenden nehme ich gern entgegen.  
Koschmin, den 23. April 1909.

Der Königl. Landrat.

Nr. 157. Zahlreiche kleine Unternehmer (Handwerker pp.) machen von der im § 14 des Invalidenversicherungsgesetzes vorgesehenen Vergünstigung der freiwilligen Versicherung wegen Unkenntnis der Bestimmungen keinen Gebrauch.

Durch die Aufwendung des nur ein paar Pfennige betragenden wöchentlichen Beitrags können sich diese Personen eine spätere Invaliden- oder Altersrente, die unter Umständen mehrere 100 Mark betragen kann, sichern.

Es ist daher allen solchen Personen, welchen ihr Unternehmen oder Betrieb keine gesicherte Zukunft bietet, dringend anzuraten, von der im § 14 des Invalidenversicherungsgesetzes vorgesehenen Selbstversicherung Gebrauch zu machen. Tritt dann Invalidität ein, so sind sie vor Not geschützt und brauchen nicht der Armenpflege der Gemeinden anheimzufallen.

Nr. 157/09 S. B. —

Koschmin, den 15. April 1909.

Der Königl. Landrat.

### Nichtämtlicher Teil.

#### Politische Wochenschau.

Nun wäre also die ganze Maschinerie der Politik wieder im Gange. Ob wir sagen dürfen, „in einem richtigen“, das muß sich noch zeigen, denn grüner Tisch und Reichstags-Beschlüsse bedeuten nicht alle Male etwas Unschönes. Den Beweis dafür hat der grüne Tisch

mit den inzwischen ja glücklich wieder beseitigten Steuern auf Licht, Kraft und Reklame geführt, der Reichstag mit der Ablehnung der Petitionen von vielen Hunderten von Gemeinden, die städtischen Wahl- und Schlachtsteuern, wo dieselben noch bestehen, bis zum Jahre 1915 zu gestatten. Es war ja allerdings gesetzlich bestimmt, diese Abgaben mit dem 1. Januar 1910 zu beseitigen. Aber wer konnte wissen, daß gerade zu diesem Termin ein solcher Steuerlegen von Reichs-, Staats- und Städte wegen über Deutschland herniedergehen würde und noch dazu in einer Zeit, die erst wieder gut werden soll? Daß die Kommunalsteuern wegen des Fortfalles der genannten Abgaben nun mit einem Schlage ganz gewaltig erhöht werden müssen, ist hart, besonders für ärmere Gemeinden. Indessen — der Reichstag hat's beschlossen. Das Recht dazu hatte er ganz zweifellos, aber recht gehandelt hat er nicht. Niemand wäre geschädigt, wenn jene Gemeinden ihre Wahl- und Schlachtsteuer noch 5 Jahre länger behalten hätten. Das ist wieder einmal der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis!

An der Fortführung der Finanz-Reform soll und wird nun mit Feuereifer gearbeitet werden, nachdem der Reichskanzler Fürst Bülow vor dem in sein Palais in der Berliner Wilhelm-Strasse geladenen „kleinen Reichstag“, das heißt einer Anzahl von Abordnungen, die für die energische Finanz-Reform-Beschleunigung eintraten, diese Beeilung dringend empfohlen hat. Das Steuer-Budget besteht heute aus Erbschaftsteuer, Reichswertzuwachssteuer, Bier-, Tabak-, Branntweinsteuer. Bei der letzten sollen die Liberalen, bei der ersten die Konservativen nachgeben, die übrigen werden sich von selbst machen, denn die Finanzreform ist, wie Fürst Bülow betonte, populär.

#### Deutsches Reich.

Koschmin, den 23. April 1909.

× Von der Insel Korfu. Ueber die Rückreise des Kaiserpaars sind noch keine definitiven Bestimmungen erfolgt, es ist also auch ungewiß, ob der Monarch auf dem Heimwege den König von Italien und den Kaiser von Oesterreich, wie behauptet wird, aufsucht. Der deutsche Kronprinz trifft Sonntag in Wien ein, also ist ein nachfolgender Besuch des Kaisers gerade nicht wahrscheinlich. Auf Korfu wird jetzt das griechische Osterfest begangen, dem auch im Vorjahr das Kaiserpaar beizuhnte.

× Der Reichstag verwies am Donnerstag bei mäßig besetztem Hause die Resolution, Abg. (freis. Volksp.) wegen Herabsetzung der Geltungsdauer von Einfuhrscheinen auf höchstens drei Monate und wegen Beschränkung dieser Scheine auf die Warengattung, für die bei der Ausfuhr der Einfuhrschein erteilt wurde, der Budgetkommission.

× Preussisches Abgeordnetenhaus. Am Donnerstag wurde der Etat der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen nach längerer Debatte genehmigt. Abg. Graf Bräsewicz (Ztr.) erklärte, für seine Partei sei die Polenpolitik der Regierung unannehmbar. Abg. von Wenzel (kons.) bedauerte die geplante Zerstückelung von Domänen, eine Annahme, die von dem Landwirtschaftsminister von Arnim als übertrieben bezeichnet wurde. Der Minister betonte, Groß- und Kleinbesitz müßte im gleichen Verhältnis erhalten bleiben. Abg. Bronschorr (freis.) wünschte Förderung der Städte im Osten, Abg. Freiherr von Schönau (freikons.) größere Berücksichtigung namentlich der Kleinstädte. Abg. Schmidt-Ratel (freikons.) befürwortete die Erwerbung besseren Bodens durch die Kommission, für den auch höhere Preise zu erzielen wären. Abg. Kreth (kons.) trat der gestrigen Ausführungen des Abg. Ströbel entgegen, die auch auf die Polen keinen Eindruck machen würden. Abg. Hahn (kons.) verteidigte die Haltung des Bundes der Landwirte im Osten. Damit wurde der Etat angenommen. Hiernach wurden noch mehrere Anträge aus dem Hause verschiedener Kommissionen zur Prüfung überwiesen.

× Die Finanzkommission des Reichstages genehmigte mehrere formelle Paragraphen der Kontingentierungs-Bestimmungen. Heute wird die Debatte fortgesetzt. — Von der konservativen Partei sollen sich in einer Fraktions Sitzung zwölf Mitglieder für die Erbschaftsteuer erklärt haben. Der Bundesrat berät heute über den Ersatz der Licht- und Inzeratensteuer, eine Reichs-Wertzuwachssteuer für Immobilien, die voraussichtlich dem Reichstage vorgeschlagen werden wird.

× Die Reichspost will bekanntlich auf den Briefen den Ankunftsstempel fortfallen lassen. Dagegen wird namentlich von kaufmännischer Seite her ganz entschieden protestiert, indem ausgeführt wird, daß es im Handelsverkehr oft von außerordentlicher Wichtigkeit sei, die Eingangszeit für einen Brief feststellen zu können.

× Wohnungsgeldzuschuß. Erregung in Beamtenkreisen, schreibt die Post. Ztg., hat der